

Beschluss des Landrats vom 16.11.2023

Nr. 232

25. Kombinierte Investitionen in CO₂-arme Systeme zusätzlich belohnen 2023/303; Protokoll: mko

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, das Postulat entgegen zu nehmen.

Urs Kaufmann (SP) ist nicht gegen Überweisung, sondern für einen etwas weiteren Sprung. Die FDP-Fraktion hat zu einem Dreisprung angesetzt und redet von drei Komponenten, wobei man prüfen sollte, ob es einen Sonderbonus geben soll, wenn mehrere Komponenten davon realisiert werden. Konkret geht es um die Photovoltaik, die Wärmepumpen und die Elektromobilität. Es fehlt aber die Komponente der Energiespeicherung, über die beim letzten Traktandum diskutiert wurde, oder allenfalls der thermischen Speicherung, die es ermöglichen würde, die Energie lokal zwischenspeichern – sei es in elektrischer oder thermischer Form. Dies würde wiederum dank Smartgrid den Elektrizitätswerken zu mehr Flexibilität verhelfen, die möglichen Leistungsaufträge, die es geben wird, umzusetzen. Urs Kaufmann bittet somit, bei der Prüfung die weiteren Komponenten wie Batteriespeicher und thermische Speicher zu berücksichtigen.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) weist darauf hin, dass wenn der Regierungsrat bereit sei, eine Motion oder ein Postulat entgegenzunehmen, eine Beratung nur dann stattfindet, wenn aus der Mitte des Landrats ein Antrag gestellt werde (Geschäftsordnung des Landrats, § 45 Abs. 3).

Marco Agostini (Grüne) hätte eigentlich richtig Lust gehabt, diesen Vorstoss, wie auch den vorherigen oder die beiden kommenden, abzulehnen. Die Grünen benehmen sich aber nicht so, wie das die FDP-Fraktion anlässlich der Beratung des Energiegesetzes getan hatte. Damals wurde eine Riesendiskussion geführt, und es wäre problemlos möglich gewesen, die Punkte, die jetzt auf dem Tisch liegen, ebenfalls zu diskutieren. Die FDP verwehrt sich aber dagegen, respektive sie macht mal so, mal so, und dann Sistierung... Nur damit das klar ist: Die Grünen wehren sich nicht gegen Diskussionen, weder bei AKW noch bei Batterien. Im Gegenteil, es ist gut, das Postulat zu prüfen. Es wäre schön, wenn auch die FDP langsam merken würde, dass ein Postulat durchaus nötig sein kann, um etwas zu überprüfen. Das Energiegesetz wurde ein Jahr lang diskutiert. Damals hätte man Zeit gehabt. Trotz allem ist Marco Agostini dafür, dass geprüft wird – damit man gute Resultate erhält.

Andi Trüssel (SVP) sagt, dass die SVP-Fraktion gegen Überweisung des Postulats sei. Der Sprecher sieht den Punkt von Urs Kaufmann. Er ist aber nicht der Überzeugung, dass die Elektromobilität den notwendigen Speicherbedarf (bidirektionales Laden) zur Verfügung stellen soll. Eine langfristige, sichere Mobilität wird nicht die reine E-Mobilität sein. Es macht also keinen Sinn, eine Ladeinfrastruktur für eine Mobilitätsantriebstechnik zu subventionieren, von der man genau weiss, dass sie in Zukunft anders als über eine Batterie funktionieren wird. Denn es gibt gar nicht genügend Elemente wie Lithium, Kobalt, Seltene Erden etc., um all die mit Benzin und Diesel betriebenen Autos mit Batterien auszurüsten. Das ist eine Tatsache, die kaum je zur Kenntnis genommen wird. In Deutschland spricht man von «big battery», mit dem Ziel, die Tagesleistung zweier Kraftwerke (also ca. 38 Gigawattstunden) zu speichern. Der Energieinhalt der modernsten Batterie beträgt 220 Wattstunden pro kg Akku. Möglich, dass dies in Zukunft noch in Richtung 1 Kilowattstunde verbessert werden kann, aber davon ist man noch weit entfernt. Deshalb ist die SVP-Fraktion überzeugt, dass die von der FDP vorgeschlagene Lösung nicht der richtige Weg ist.

Die GLP-Fraktion unterstützt laut **Manuel Ballmer** (GLP) diese Sachen – sie möchte Speicherung und Ausbau, sie findet sowohl Photovoltaik als auch Wärmepumpen oder Elektroautos eine gute Sache. Sie findet es aber höchst fragwürdig, dass der Staat für diese standardmässigen Sachen einen Sonderbonus geben soll. Eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach ist heute Standard. Wenn man sich eine neue Heizung anschafft, ist die Wärmepumpe ebenso Standard wie ein Elektrofahrzeug beim Kauf eines neuen Wagens. Wer sich noch einen Verbrenner leisten möchte, kann das tun, zahlt aber mehr. Aber selbst der Bundesrat, der sich seit mehr als 15 Jahren aus zwei FDP- und zwei SVP-Mitgliedern zusammensetzt, kam zum Schluss, dass es nicht mehr nötig sei, Elektroautos zu fördern. Deshalb wird ab 1. Januar 2024 die Förderung auch aufgehoben und eine Automobilsteuer bei Importen eingeführt. Warum der Kanton Basel-Landschaft in die andere Richtung gehen soll, erschliesst sich Manuel Ballmer nicht.

Thomas Eugster (FDP) dankt dem Regierungsrat, dass er das Postulat entgegennehmen möchte. Es gibt einen asynchronen Ausbau von Energieproduktions- und Energieverbrauchszubau. Der Energieverbrauch von Wärmepumpen und Elektroautos nimmt also viel stärker zu, als dass Energie dazugebaut wird. Es macht aber Sinn, solche Sachen zu kombinieren und beides zu tun. Auch hier gilt das Prinzip «Anreize statt Verbote». Natürlich lässt sich darüber streiten, was an Elektroautos so toll sein soll. Fakt ist, dass aufgrund der EU-Regelung relativ bald die Mehrheit der neuimmatrikulierten Fahrzeuge elektrisch fahren werden. Auch bei den Batterien muss man sich bewusst sein, dass um die Jahre 2026/27 die Feststoffbatterie auf den Markt kommen wird, die nochmals eine neue Komponente ins Spiel bringen wird, insofern sie einerseits nachhaltiger und andererseits leistungsdichter ist. Es wird also unweigerlich so sein, dass ein grosser Teil der Autos, die in der Garage oder draussen stehen, einen Speicher haben werden. Es macht Sinn, auf diesen zuzugreifen, was in Richtung bidirektionales Laden geht. Auf der anderen Seite macht es, bei so vielen neuen Verbrauchern, auch Sinn, auf der Produktionsseite zuzulegen. Das ist die Intention des Postulats. Auch hier gilt Prüfen und Berichten. Man muss schauen, dass das Tempo des Ausbaus der Produktion mit dem Tempo der Nutzung und des Bedarfs übereinstimmt und nicht zu stark auseinanderdriftet.

Ursula Wyss Thanei (SP) ist etwas erstaunt. Sie möchte gerne ein Jahr zurückgehen. Am 20. Oktober 2022 wurden fünf Traktanden verbunden beraten – einen Vorstoss der Grünen und vier der SP. Bei einem von ihnen ging es um die Nutzung von PV-Anlagen in Kombination mit E-Mobilität. Thomas Eugsters Votum war damals sehr wortreich und endete mit der Aussage, dass die fünf Vorstösse obsolet seien. Ursula Wyss freute sich, als sie den aktuellen Vorstoss von Thomas Eugster sah, denn sie kann das unterstützen und ist derselben Meinung. Sie hatte sich aber gefragt, woher der Sinneswandel kommt. Eigentlich ist das aber unwichtig, denn Hauptsache er ist erfolgt. Chapeau. Ihre Unterstützung hat er.

://: Mit 49:25 Stimmen wird das Postulat überwiesen.
